

Einleitungsvortrag zum DGfE-Kongresses „Bildung in der Demokratie“ am 15. März 2010 an der Universität Mainz

Rudolf Tippelt (Vorsitzender der DGfE)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Herr Kollege Negt, lieber Herr Kollege Thiersch,
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn man unter Bildung die Aufnahme, Erschließung und Einordnung von Erfahrung und Wissen in *allen* Lebensphasen, von der frühen Kindheit über das Jugend- und Erwachsenenalter bis in das hohe Alter versteht, müssen die Bedingungen und Ergebnisse von Bildung in der Frühpädagogik, in den Schulen, in der Beruflichen Bildung, in der außerschulischen Jugendbildung, in der Erwachsenen- und Weiterbildung sowie an den Hochschulen bei diesem Kongress jeweils analysiert werden. Die Ergebnisse solcher Analysen legen – das werden die Arbeitsgruppen, Symposien und Forschungsforen zeigen – Interventionen und pädagogische Maßnahmen nahe, die die Qualität von Bildungsprozessen sichern und die in mehreren Bereichen auch deutlich erhöhte finanzielle Bildungsinvestitionen verlangen.

Trotz der sicher notwendigen differenzierenden Analysen zur „Bildung in der Demokratie“ lassen sich doch einige übergreifende Herausforderungen in den Bereichen „Qualifikation und Kompetenzentwicklung“, „politische Partizipation und soziale Inklusion“, ethisch-normative Orientierung und kulturelle Identitätsfindung“ benennen, die in den nächsten Tagen in über 130 Veranstaltungen bearbeitet werden.

Im Zentrum dieses Kongresses stehen verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen, die die Thematisierung von Bildung in der Demokratie zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgesprochen dringlich werden lassen:

- Erstens werden wir die Herausbildung und die Zementierung alter und neuer Ungleichheitsstrukturen analysieren: Wie viel Ungleichheit verträgt eine Demokratie? Was bedeutet es für die Heranwachsenden und die Gesellschaft, wenn 10 % keinen allgemeinen Bildungsabschluss erhalten, wenn ein Fünftel eines Altersjahrgangs Lese- und Mathematikleistungen erreichen, die ihnen den Zugang zur beruflichen Ausbildung unmöglich machen, wenn das international anerkannte duale System der beruflichen Bildung nicht mehr hinreichend aufnahmefähig oder –bereit ist, wenn über ein Fünftel der Studierenden, derzeit sogar über ein Viertel der Studierenden ihr Studium oftmals ohne Alternative abbrechen oder wenn deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung zwischen 19 und 65 Jahren die Angebote der Weiterbildung nicht nutzen oder nutzen können. Und es ist seit über zehn Jahren durch die internationalen large scale assessments bekannt, dass in keinem anderen Land die Differenz der Bildungschancen zwischen den Kindern der privilegierten Schichten und Milieus gegenüber den bildungsarmen Bevölkerungsgruppen so groß ist wie in Deutschland. Dies ist besonders in fortgeschrittenen „Wissens-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften“ nicht hinzunehmen, da hier doch hohe Tätigkeitsanforderungen wichtiger werden, wie ana-

lytisches, abstraktes und systemorientiertes Denken, die Fähigkeit zum kreativen Problemlösen und selbstständigen Entscheiden in neuen, wenig standardisierten Situationen sowie die Fähigkeit zur Kooperation in Teams in arbeitsteiligen Organisationen. In demokratischen Gesellschaften sind gravierende soziale Disparitäten beim Bildungserwerb ausgesprochen dysfunktional. Zu viele Heranwachsende und zu große soziale Gruppen werden auf die genannten Anforderungen nicht hinreichend vorbereitet und dann marginalisiert. Die Schattenseite der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften zeigt ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko der gering oder falsch Qualifizierten.

- Zweitens werden offenbar die Potentiale kultureller Heterogenität für eine lebendige moderne plurale Demokratie noch lange nicht von allen verstanden und es kommt fortwährend zu Irritationen infolge von Migration. Wenn die dritte und vierte Generation der Migranten/-innen schulisch und sozial nicht deutlich besser integriert sind als ihre zuziehenden Eltern- und Großeltern, dann stellen sich nach wie vor massive Fragen an die Einwanderungspolitik und große Herausforderungen an die interkulturelle Pädagogik.
- Drittens sind die soziale, kulturelle und politische Partizipation absteigender sozialer Milieus stark gefährdet und es hilft nun gar nicht weiter, wenn das Prekariat und die sehr heterogene Gruppe der Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen nahezu kollektiv der Motivationslosigkeit und der Arbeitsverweigerung bezichtigt werden. Die demokratische Gesellschaft ist auf Solidarität und auf Gemeinwohl angewiesen.
- Viertens ist in den Forschungen zum lebenslangen Lernen sichtbar geworden, dass Bildung nicht nur die soziale und berufliche Entwicklung, sondern auch das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement stark beeinflusst. Dabei sind nicht nur die Bildungsabschlüsse, sondern auch die Qualität der vermittelten Bildungsprozesse und Kenntnisse für den weiteren Lebenslauf entscheidend. Bildung und Weiterbildung eröffnen auch in der nachberuflichen Lebensphase, also im Alter, Möglichkeiten, am sozialen und politischen Leben sowie bei kulturellen Aktivitäten intensiv und selbst bestimmt zu partizipieren. Es wird wichtig sein, dieses Bild vom aktiven und selbstbestimmten Altern individuell und institutionell künftig deutlich zu profilieren
- Fünftens ist in einer auch durch das Konsumverhalten stark bestimmten Gesellschaft, in der einzelne soziale Gruppen ihre Lebensstile unverkennbar darstellen, in der der Habitus dazu dient, sich von anderen sozialen Gruppen abzuheben und zu differenzieren, Bildung auch zu einem Mittel geworden, Distinktion zum Ausdruck zu bringen. In der pluralen demokratischen Gesellschaft lassen sich dementsprechend sehr verschiedene soziale Milieus identifizieren, die äußerst unterschiedliche Erwartungen an ihre Bildung formulieren. Diese Pluralität von Lebensstilen, Interessen und Bedürfnissen ist aufzugreifen, wenn sich neue Partizipationsfelder und -formen in der Zivilgesellschaft entwickeln sollen.
- Sechstens sind sicher auch Gewalt affine und anomische Orientierungen als Demokratie gefährdend einzustufen und daher zu analysieren. Allerdings sind es sicher nicht nur jugendliche Subkulturen oder auffällige Einzeltäter auf die dieses Problem projiziert werden könnte. Ein Blick in die Kriminalitätsstatistiken zeigt, dass im historischen Vergleich nicht die Kinder- und Jugendkulturen die gravierendsten Probleme produzieren. Es gelingt offenbar auch vielen erwachsenen Individuen nicht hinrei-

chend, sich an den schnellen Wandel der sozialen, ökonomischen und auch kulturellen Kontexte in postmodernen Gesellschaften zu akkommodieren. In biografischen Analysen zeigt sich, dass Individuen ihre Identität nicht nur in den frühen Lebensjahren stabilisieren, sondern dass sie ihre Persönlichkeit fortlaufend weiter entwickeln, um die neuen Anforderungen in „Risikogesellschaften“ bewältigen zu können. Bildung und lebenslanges Lernen sind hierbei zur notwendigen, wenn auch nicht hinreichenden Bedingung für politische Partizipation und soziale Inklusion geworden. Idealtypisch wäre es notwendig, wenn wir Erwachsene als Vorbilder Werte wie Fairness, Verantwortung, Selbstbestimmung, Solidarität und vor allem Mündigkeit den jungen nachwachsenden Generationen vorleben – hier gab es aber in den letzten Jahren und Jahrzehnten Versäumnisse und auch gravierendes, ja aktuell sichtbar werdendes schockierendes Versagen gegenüber den nachwachsenden Generationen. Autoritarismus in jeder Form aber auch laissez-faire wirken besonders destruktiv. Abwegig sind auch die Ideologien vom sogenannten „platonischen pädagogischen Eros“, was wir dagegen brauchen sind familiäre Bindung und Verantwortung einerseits, im öffentlichen pädagogischen Bereich Professionalität andererseits: Notwendig sind sicher Fachkompetenz, didaktische Kompetenz und Organisationskompetenz, das wissen wir aus vielen empirischen Studien, gleichwertig aber sind aber auch Beratungskompetenz, pädagogische Kompetenz und im Herbartischen Sinne pädagogischer Takt zu fördern. Unter „pädagogischen Takt“ verstehen wir die Fähigkeit der professionellen Pädagogen, Nähe und Distanz im Interesse der Selbstständigkeit und Persönlichkeitsentwicklung der Heranwachsenden, aber auch in der Erwachsenenbildung, sensibel zu regulieren.

- Siebtens ist sicher an die philosophisch-pragmatistische pädagogischen Tradition zu erinnern. Für John Dewey ist Demokratie bekanntermaßen eine Lebensform und keinesfalls nur eine Regierungsform (vgl. Dewey 1916). In Deweys demokratischer Bildungseinrichtung hat expositorische Lehre und abstraktes Wissen selbstverständlich einen Raum, aber Wissen muss sich erfahrungsorientiert integrieren lassen, um sinnvoll zu sein. Eine Schule, die lediglich zur Alterssegregation beiträgt und die Stoff ohne aktives Verstehen und Handeln an Schüler heranträgt, gefährdet Demokratie anstatt diese positiv zu beeinflussen. Schule kann aber so gestaltet werden, dass Selbstständigkeit und Eigenständigkeit, Interesse am anderen und an der Gemeinschaft nicht als „Emanzipation“ von oben implementiert werden, sondern dass diese leitenden didaktischen Intentionen und Lernprinzipien von den Lernenden mit gestaltet werden. Allerdings gehören hierzu Voraussetzungen, die weder damals noch heute selbstverständlich gegeben sind: die Lehrerrolle bedarf der pädagogischen und didaktischen Freiheit, allerdings immer eingebunden in den Kontext einer humanen Schulentwicklung. Offene Lernumwelten und neue Lerngelegenheiten in Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen und Organisationen sind notwendig (Betriebe, Hochschulen, Verbände, Museen etc.), um aktives demokratisches Handeln zu fördern, um Heranwachsende nicht in künstlichen Welten altershomogen zu isolieren. Bildungsinteressen entstehen dort, wo inhaltliche, soziale und emotionale Aspekte von Lernhandlungen berücksichtigt werden können. Dies erfordert ohne Zweifel die Variation von Lehrmethoden, erfordert die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Eltern, erfordert darüber hinaus pädagogisch-soziologische Phantasie und exemplarisches politisches Lernen – wie es Os-

kar Negt schon in den 70er Jahren angemahnt hat. Lieber Herr Negt wir freuen uns sehr auf Ihren Vortrag.

- Ahtens ist der Anpassungsdruck, dem Regionen, Nationen und lokale Kulturen in Globalisierungsprozessen einer „Weltgesellschaft“ ausgesetzt sind, massiver geworden. Gerade in dieser Situation kann auf das Ideal des demokratisch-pragmatistischen Unterrichts als Experimentier- und Interpretationsgemeinschaft verwiesen werden. Bildung in der Demokratie basiert auf systematischen und theoriegeleiteten hypothetischen Denken, braucht Reflexivität und die Fähigkeit Traditionen und Überlieferungen zu befragen, zielt auf Innensteuerung und auf die Entwicklung von komplexen Fähigkeiten der Rollenübernahme und Empathie, damit die zunächst signifikanten und später generalisierten anderen verstanden werden können. (vgl. Mead 1934). Bildung kann mit dazu beitragen, dass Heranwachsende und Erwachsene darauf vorbereitet werden, rational miteinander zu reden, Dinge auszuhandeln, wechselseitig aufeinander einzugehen, Probleme zu koordinieren, in Teams sich zu ergänzen, so dass auf diese Weise soziale Integration und organische Solidarität (vgl. Durkheim 1988), also Möglichkeiten kooperativen Arbeitens und verständigungsorientierten Lebens – auch im internationalen Kontext – gefördert und stabilisiert werden. Aber es stimmt dennoch: Voraussetzung für diese komplexen sozialen und demokratieförderlichen Orientierungen sind u. a. der Aufbau solider Lese-, Fremdsprachen-, Mathematik- und Lernkompetenzen und eine – das will ich hervorheben - achtsame soziale und emotionale Förderung der Heranwachsenden.
- Neuntens sind die im internationalen Vergleich und trotz der erkannten Bildungsprobleme deutlich zu geringen finanziellen Investitionen im Bildungssektor als Herausforderung zu benennen. Es stimmt, mit Geld allein ist nichts zu erreichen, aber es muss uns nachdenklich stimmen, wenn der Bildungsfinanzbericht 2009 aufzeigt, dass in Deutschland trotz wachsender Bildungsausgaben je Einwohner, der Anteil der Bildungsausgaben am BIP in den letzten Jahrzehnten rückläufig war und auch niedriger als in anderen OECD-Staaten ist (bei uns 4,8%, im OECD Schnitt immerhin bei 5,7 %). Wenn man bedenkt, dass in Deutschland 80% (114,9 Mrd Euro) der Bildungsausgaben durch die öffentliche Hand finanziert werden, vor allem der Schul- und Hochschulbereich, und dass davon knapp 74% die Länder, 21% die Gemeinden und gut 5% der Bund finanzieren, dann ist nur zu hoffen, dass die öffentlichen Mittel für die Bildung der nachwachsenden Generation in der Finanzkrise keinen Schaden nimmt. Eine Stagnation der Bildungsausgaben oder eine Verlagerung auf die privaten bildungsaktiven wie bildungsfernen Familien und Milieus müsste als schwerer Rückschlag der Bildung in der Demokratie interpretiert werden.

Mit diesen Themen und Thesen sind zumindest einige der aktuellen Herausforderungen an die Bildungspolitik, an das Bildungssystem und nicht zuletzt an die Erziehungswissenschaft selbst benannt. Wir Pädagogen, Erziehungs- und Bildungswissenschaftlicher sind nicht so naiv oder elitär uns im Sinne – wie es bisweilen boshaft heißt - von „Gutmenschen“ für die besseren Demokraten zu halten, aber unserer Disziplin der Erziehungswissenschaft und der von ihr getragenen Erziehungs-, Sozialisations- und Bildungsforschung ist dennoch in den verschiedenen ausdifferenzierten Bereichen eine Orientierungs-, manchmal Steuerungs- und

jedenfalls Aufklärungsfunktion für pädagogisches und soziales Handeln zuzusprechen. Es geht auch bei diesem Kongress darum, unter Berücksichtigung vergleichender und historischer Perspektiven, die jeweils sich neu darstellenden pädagogisch-relevanten Tatsachen in die Reflexion zur „Bildung in der Demokratie“ einzubeziehen. Wir werden analysieren, nicht dramatisieren. Die Ergebnisse erziehungswissenschaftlicher Forschung sollen dazu führen, Vorurteile zu eliminieren, tatsächliche Zusammenhänge zu erkennen, ideologische Verschleierungen zu durchschauen und eben Urteile des lehrenden, organisierenden, erziehenden Personals oder auch der sich Bildenden zu klären. In diesem Sinne bearbeiten wir auch das gravierende und massive Problem des körperlichen und sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen. Der Vorstand der DGfE hat zur Verletzung der psychischen und physischen Integrität von Heranwachsenden in pädagogischen Institutionen eine Stellungnahme verabschiedet. Die DGfE wird u.a. eine interdisziplinäre Expertengruppe von Sozialpädagogen (Heime, totale Institutionen, Familien), Schulpädagogen und Schulpsychologen (Gewalt in Schulen), Kinder- und Jugendpsychiater (Opferperspektive, Täterprofile), Theologen (Internatsproblematik) und Juristen (rechtliche Handlungsmöglichkeiten) einsetzen, die mit ihrer jeweils spezifischen Perspektive und Expertise zur Analyse und zur Prävention differenzierende Vorschläge entwickeln wird.

Für die erziehungswissenschaftliche Forschung in demokratischen Gesellschaften gilt allgemein: Rationales methodisches Erkennen, kritisches Aufzeigen von Defiziten und Herausforderungen und – gemeinsam mit der Bildungspraxis und –politik - das phantasievolle Suchen und exemplarische Finden von Wegen und Alternativen haben höchste Priorität.

Ich wünsche Ihnen allen einen anregenden Kongress und bedanke mich sehr herzlich bei unseren Mainzer Kolleginnen und Kollegen, die alles dazu beigetragen haben, dass dieser Kongress „Bildung in der Demokratie“ gelingen kann.